



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 25655 UNOL D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION . (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

1. Juni
13/77

Fragebogenaktion für weitere Uni-Planung

Im Zusammenhang mit den Rückmeldungen zum Wintersemester 1977/78 will das Arbeitsvorhaben Städtebaulicher Entwicklungsplan Oldenburg-West im Projekt Lebensraum Haarenniederung unter Studenten eine große Fragebogenaktion durchführen, die von der Fachschaft Biologie angeregt und von der Fachschaftsvollversammlung sowie vom AstA unterstützt wird. Die Befrager wollen dabei u. a. herausfinden, wieviele Studenten da-

rauf angewiesen sind, in den Semesterferien zu arbeiten. Gleichzeitig sollen Probleme angeschnitten werden, die sich bei einer Erweiterung der Hochschule von jetzt 3.800 auf ca. 6.800 Studienplätze und der damit einhergehenden räumlichen Ausweitung ergeben.

Um repräsentative Bestandsdaten erheben zu können, bietet das Arbeitsvorhaben um zahlreiche Beteiligung an der Frageaktion.

Diplomprüfungsordnung

Klage gegen Oktroi

Die Universität Oldenburg wird juristische Schritte gegen die vom Wissenschaftsministerium oktroyierte Diplomprüfungsordnung beim Verwaltungsgericht einleiten. Einen entsprechenden Beschluß faßte der Senat auf seiner letzten Sitzung, um so doch noch den von der Universität vorgelegten dritten Entwurf für die Hochschule durchsetzen zu können. Nach Angaben von Kanzler Jürgen Lüthje wird sich dadurch die Einsetzung von Prüfungsausschüssen um mindestens vier Wochen verzögern.

Wie bereits berichtet, war die vom Wissenschaftsministerium oktroyierte Diplomprüfungsordnung in den betroffenen Fachbereichen III und IV auf scharfe Ablehnung gestoßen, weil sie bestehende Reformansätze in der Hochschule zu nichte mache und "im übrigen", so die Planerin Marianne Kriszio, "die Umsetzung der Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes zu Studien- und Prüfungsordnungen und Regelstudienzeiten ... perfekt vorweg nimmt". (Siehe auch Studium Lehre Forschung 2/77 und uni-info 11/77) Das komplizierte juristische Verfahren, mit dem die Universität gegen den Oktroi des Ministers vorgehen will, soll laut Senat so flexibel gehandhabt werden, daß die Universität nicht dabei verlieren kann, weil in einem solchen Fall, wie der Jurist Professor Thomas Blanke erklärte, die Ablösung des Oktrois durch einen Universitätsentwurf überhaupt nicht mehr erfolgen könnte.

Klagefähig ist die Universität allerdings nur in Bezug auf die Ordnungen in den Studiengängen Ökonomie und Mathematik, weil alle anderen Studiengangskommissionen nicht rechtzeitig

ihre studiengangsspezifischen Anteile vorgelegt hatten und somit der Minister schon deshalb einen Oktroi erlassen konnte. Der Senat rechnet jedoch damit, daß sich im Falle eines Erfolges der Universitätsentwurf auch auf die anderen Fächer übertragen läßt, denn inzwischen liegen bis auf das Fach Biologie die studiengangsspezifischen Anteile anderen Studiengänge vor.

Mit dieser vom Senat entwickelten Strategie haben sich auch die beiden Vorsitzenden der Fachbereiche III und IV einverstanden erklärt und gleichzeitig angekündigt, sie würden vorerst zugunsten einer gesamtuniversitären Klage auf Aktivitäten verzichten.

Von den beiden Fachbereichsräten war auf einer gemeinsam durchgeführten Sitzung in getrennten Abstimmungen eine Resolution verabschiedet worden, in der der Oktroi der Diplomprüfungsordnung als massiver Angriff gegen das Projektstudium gewertet wird. Mit diesem Oktroi, so heißt es in der Stellungnahme weiter, sollten das NHG vorweggenommen und die fortschrittlichen Ansätze in

Fortsetzung Seite 3

135 Kontaktlehrer

Mit der Zuweisung von 25 neuen Kontaktlehrern rechnet das ZpB zum 1. August dieses Jahres für die einphasige Lehrerausbildung. Davon kommen lediglich sieben aus dem gymnasialen Bereich. Damit hat sich die Zahl der Kontaktlehrer insgesamt auf 135 erhöht, was, wie bereits berichtet, längst nicht ausreicht, um den tatsächlichen Bedarf abzudecken. Der Universität stehen tatsächlich 225 Stellen zur Verfügung.

Auf der am 16.6.1977 stattfindenden Senatssitzung wird u.a. der Tagesordnungspunkt "Einphasige Lehrerausbildung" behandelt. Zur gezielten Vorbereitung der Diskussion sind Fragen und Anregungen an Detlef Spindler (Zentrum für pädagogische Berufspraxis, Ammerländer Heerstraße 100) zu richten.

ABM-Programm: 17 bleiben

Als Erfolg hat der stellvertretende Rektor Professor Friedrich W. Busch die Verhandlungen mit dem Arbeitsamt über das neue am 1. Juni anlaufende Arbeitsbeschaffungsprogramm gewertet. Danach, so Busch, habe die Universität durchsetzen können, daß 14 Kollegen, die im bisherigen ABM-Programm tätig waren, auch weiterhin in der Universität arbeiten können. Ihre Verträge würden auch verlängert, wenn Ende des Jahres ein weiteres ABM-Programm für die Universität genehmigt würde, was wahrscheinlich sei. Bei drei Kollegen konnte erreicht werden, so Busch, daß sie zumindest bis November des Jahres ihre Arbeitsplätze in der Hochschule behalten.

Z-Prüfungen

In diesem Jahr finden die Prüfungen für die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis an folgenden Terminen statt: Allgemeiner Teil (schriftlich) - 18. Oktober 1977, Allgemeiner Teil (mündlich) - 19. Oktober 1977, Wahlpflichtfach-Prüfung (Fremdsprache bzw. Mathematik) - 26. Oktober 1977, Fachteil (schriftlich) - 25. November 1977 und Fachteil (mündlich) - 26. November 1977.

Assistenten-Konferenz tagt in Oldenburg

Am 11. Juni tagt in der Universität Oldenburg erstmals die Landeskonferenz der Akademischen Mitarbeiter Niedersachsen (IKA), um aktuelle Probleme des Mittelbaus zu diskutieren. Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen neben den Berichten aus den Hochschulen u.a. die Anhörungen zum Niedersächsischen Hochschulgesetz im Landtag, die Lage der Assistenten und die Neuwahl des Vorstandes.

Die Landeskonferenz der Akademischen Mitarbeiter (IKA)-Niedersachsen vertritt die ca. 4.000 Angehörigen des akademischen Mittelbaus in Niedersachsen.

Sie setzt sich aus Delegierten aller niedersächsischen Hochschulen zusammen, die in regelmäßigen Abständen zusammenkommen, um die Lage des Mittelbaus zu diskutieren, eine umfassende Information über die spezifische Situation an den einzelnen Hochschulen zu ermöglichen und um ein koordiniertes Vorgehen vorzubereiten. Darüber hinaus hat die IKA die Aufgabe, die

gemeinsamen Interessen aller akademischen Mitarbeiter auf regionaler und überregionaler Ebene zu vertreten. Im Mittelpunkt der Arbeit der IKA steht seit einigen Monaten die Beschäftigung mit dem Problem der besondern Verschlechterung der Situation des akademischen Mittelbaus aufgrund der geplanten Neuregelungen durch HRG und NMG.

Die Probleme des Mittelbaus sind durch die Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes in der Tat so eklatant geworden, daß auch in der Universität Olden-

burg die Konferenz wissenschaftlicher Mitarbeiter (KWM) nach zweijähriger Pause wieder ins Leben gerufen wurde. Auf einer Vollversammlung Ende Mai, an der etwa 40 Prozent der Betroffenen teilnahmen, wurde die Wiedergründung beschlossen und bereits eine Satzung verabschiedet, nach der eine aus 11 Mitgliedern bestehende Ständige Kommission gewählt wurde. Als ihre Sprecher benannte die sich vornehmlich aus wissenschaftlichen Assistenten und Akademischen Räten zusammensetzende KWM den Ak. Oberrat Manfred Dierks, den Wiss.Ass. Wolfgang Löding und den Wiss.Ass. Lothar Sielaff.

Die nächste öffentliche Sitzung der Ständigen Kommission der KWM Oldenburg findet am Mittwoch, dem 8. Juni 1977, im VG 419, 16 Uhr, statt.

Fall Steenken in der Diskussion: Politik der Verweigerung sinnvoll?

Mit großem Erstaunen habe ich im uni-info 12/77 das Ausscheiden der Vertreter der Linken Liste aus dem Konzil im Zusammenhang mit der Kontroverse um den Fall Steenken zur Kenntnis genommen.

Die Politik der Berufsverbote, Anlaß für die bisher schärfsten politischen Auseinandersetzungen an der Universität, ist im Zusammenhang mit der restaurativen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD zu sehen: Krise, Zuspitzung der Widersprüche, Abbau demokratischer Freiheiten, repressive Tendenz des Staates - im Bildungsbereich: materielle Misere, Liquidierung der Hochschulreform. Angesichts der bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse müssen die vorhandenen Freiheitsräume verteidigt und der weitere Abbau demokratischer Rechte abgewehrt werden. Der Kampf gegen die Berufsverbote muß daher Teil einer Gesamtstrategie sein, die an realen Bedürfnissen anknüpft und mögliche Bündnisse berücksichtigt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß uns sowohl reformpolitische Illusionen als auch scheinradikale "Weg-mit (den Berufsverboten u.a.)"-Kampagnen nicht weitergebracht haben. Eine langfristige angelegte Politik muß dagegen, will man Illusionen und Frustrationen vermeiden, klar unterscheiden zwischen kurzfristig erfüllbaren Forderungen und solchen Zielen, deren Erfüllung die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse voraussetzt. Beispielhaft für eine solche, auf ein breites Bündnis der demokratischen und sozialistischen Kräfte ausgerichtete Politik ist meines Erachtens der Pfingstkongreß des Sozialistischen Büros gegen die Repression in der BRD, die sich neu konstituierende Studentebewegung und auch die gemeinsame

veranstaltete Fahrrad-Demonstration der Universität; das geplante Russell-Tribunal kann ein weiterer Schritt in diese Richtung sein.

Die Linke Liste, deren Vertreter weitgehend mit diesen Initiativen sympathisieren, weicht in ihrem aktuellen Verhalten von einer solchen basisorientierten Mobilisierungsstrategie ab. Mit ihrem Kraftakt im Konzil erweist sie sich letztlich als sektiererisch und isoliert sich selbst, indem sie der großen Mehrheit des Konzils Kapitulation vor und damit Beteiligung an der Berufsverbotpolitik der Landesregierung sowie bewußten Verzicht auf politische Kampfmaßnahmen vorwirft. Die Linke Liste fordert eine Politik der Verweigerung und will damit ein Fanal setzen: die Universität soll eine reine Wüste behalten! Dabei übersieht die Linke Liste zweierlei:

- der Rektor ist in der Einheitsverwaltung nicht nur der gewählte und politisch voll handlungsfähige Repräsentant der Hochschule, sondern zugleich der weisungsgebundene Leiter einer nachgeordneten Behörde; eine etwaige Gehorsamsverweigerung betrifft insofern nur einen einzelnen Staatsbeamten und kann nur sehr bedingt als politische Äußerung der Universität vermittelt werden.
- die Betonung der Autonomie der Hochschule gegenüber einer Funktionalisierung durch den Staat ist unabdingbar; dieses Ziel kann jedoch nicht mit einer Politik erreicht werden, die auf der Illusion aufbaut, den Staat hier und heute in die Knie zwingen zu können.

Die erklärte Absicht dieser Politik, nämlich die Stärkung des öffentlichen Widerstands gegen die repressiven Ten-

denzen, steht und fällt mit dem Erfolg unseres Kampfes. Die voraussichtlichen Folgen der Strategie der Linken Liste werden dagegen ganz andere sein:

- Einsetzung eines Staatskommissars und damit Abbau weiterer Freiheitsräume;
 - künftige Berufsverbotsverfahren werden reibungsloser abzuwickeln sein;
 - dem in diesem Fall konkret vom Berufsverbot Bedrohten kann nicht geholfen werden.
- Birgit Heuser

Stellungnahme der ÖTV - Vertrauensleute

"Ungeachtet der politischen Vorstellungen, die sie nicht teilen", haben sich die Vertrauensleute der ÖTV gegen das gegen Dirk Steenken eingeleitete Disziplinarverfahren wegen seiner politischen Betätigung im KBW ausgesprochen. In der Stellungnahme der Vertrauensleute heißt es dazu wörtlich:

"Wir als Gewerkschaftler und Vertrauensleute lehnen ein Disziplinarverfahren aus politischen Gründen strikt ab. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, daß Entlassungen, Disziplinarverfahren und Berufsverbote gegen Bedienstete des öffentlichen Dienstes, wegen ihrer politischen Meinungen und Vorstellungen oder Aktivitäten eine Einschränkung der elementarsten Grundrechte bedeuten.

Das eingeleitete Verfahren gegen Dirk Steenken und die geplanten Verfahren gegen Helga Kochanowski und Fred Krüer sind von erheblicher Bedeutung für die Belegschaft. Sie dienen der Einschüchterung. Die Vertrauensleute fordern daher eine Personalversammlung, auf der diese Verfahren und Schritte, sie abzuwehren, erörtert werden."

Neue ASTA-Koalition

In der vergangenen Woche haben die Vertreter des SHB, des MSB und des LHV einen aus ihren Gruppen bestehenden ASTA gewählt und damit für die Ablösung des bisher nur noch kommissarisch tätigen ASTA gesorgt. Dem vorausgegangen waren laut einer Mitteilung "langwierige und schwierige Verhandlungen", in deren Verlauf sich die drei Gruppen auf eine detaillierte zehn Seiten umfassende Plattform einigten, die die Aufgaben und Funktionen der Organe der Verfaßten Studentenschaft sowie die Arbeitsschwerpunkte des ASTA genau festlegt. Wie bereits berichtet, war die von der Basisgruppe Projektinitiative, der Juso-HSG und des LHV angestrebte gemeinsame Koalition an der unterschiedlichen Einschätzung des Berufsverbotsproblems und

des Grundgesetzes gescheitert. Der neue ASTA setzt sich wie folgt zusammen:

ASTA-Sprecher: Uwe Neumann (SHB)
Referat Fachschaften/Fachbereiche: Katrin Storms (SHB), Dietrich Lange (SHB)
Referat Hochschulpolitik: Peter Stutz (SHB), Co-Referat: Irmgard Czarnedky (MSB)
Referat Allgemeine Politik: Günter Koziol (MSB), Werner Coldewey (LHV)
Referat Internationale Politik: Frauke Finster (MSB)
Referat Soziales: Gerold Hinrichs (LHV)
Referat Kultur: Jutta Spieshöfer (MSB)
Referat Finanzen/Organisation: Ernst Wilken (SHB)

Studienzentrum Oldenburg für Fernstudenten eingerichtet

Mit Zurückhaltung hat der stellvertretende Rektor der Universität, Professor Dr. Friedrich-W. Busch, auf die Einrichtung des Studienzentrums Oldenburg der Fernuniversität Hagen reagiert. Bei der Eröffnungsfeier am 25. Mai 1977 erklärte Busch, daß die Universität zwar das Kontaktstudium und die universitäre Weiterbildung für eine wesentliche Forderung der Zeit halte und prinzipiell zur Kooperation bereit sei, jedoch sei es verfrüht, darüber zu sprechen, ob die Universität das von der Stadt getragene Studienzentrum übernehmen solle.

Seit Anfang März werden im Studienzentrum Oldenburg, das im Schulzentrum Marschweg untergebracht ist, nieder-

sächsische Fernstudenten, die sich an der Fernuniversität Hagen eingeschrieben haben, durch vier Lehrende der Universität beraten und betreut. Die Fernuniversität, die im Oktober 1975 den Studienbetrieb aufnahm, ist die jüngste Hochschule in der Bundesrepublik; ihr Studienangebot umfaßt die Studiengänge Mathematik mit den Nebenfächern Elektrotechnik und Informatik, Wirtschaftswissenschaft, Erziehungswissenschaften sowie ein im Aufbau befindliches Kursangebot in Rechtswissenschaften. Das Fernstudienangebot ist so flexibel aufgebaut, daß ein Studium neben der Berufstätigkeit möglich ist. Von den gegenwärtig etwa 5.000 Fernstudenten sind nahezu 60 Prozent berufstätig.

Besprechungen 3. Studienabschnitt

Wie das Zentrum für pädagogische Berufspraxis mitteilt, finden für Lehrerstudenten, die im Wintersemester in den 3. Studienabschnitt eintreten, bis zum Semesterende noch zwei weitere Besprechungen statt, die der Vorbereitung auf die letzte Phase des Studiums dienen.

FREITAG, 3.6.77, 14.00 UHR
Gemeinsame Besprechungen von Studenten, Lehrenden und Kontaktlehrern nach Fächern (Konzeption und Termine der Fachveranstaltungen)

14.00 Uhr	Sport	VG 206
14.00 Uhr	BK/VK	VG 217
14.00 Uhr	Religion	VG 306
14.45 Uhr	Deutsch	VG 217
14.45 Uhr	Mathematik	VG 206
15.30 Uhr	Englisch	VG 206

15.30 Uhr	Biologie	VG 217
16.15 Uhr	Arbeitslehre	VG 217

(ggf. Aufteilung: Technik (VG 217), Textil (VG 206), Haushaltswissenschaften (VG 306))

17.00 Uhr	Sozialkunde	
	Geschichte	VG 217
	Geographie	

(ggf. Aufteilung: Sozialkunde (VG 217), Geschichte (VG 206), Geographie (VG 306)).

17.00 Uhr	Physik	VG 319
-----------	--------	--------

(n. V. Chemie, Musik, Wirtschaftswissenschaften Sek. II).

FREITAG, 10.6.1977 Uhr, HÖRSAAL B.
Besprechung aller Studenten, Lehrenden und Kontaktlehrer - letzter Termin in diesem Semester mit Kontaktlehrern).

Klage gegen Oktroi

Fortsetzung von Seite 1
der Grundordnung unterlaufen bzw. abgeschafft werden. Außerdem stelle der Oktroi einen Eingriff in der Hochschulautonomie und damit einen eklatanten Bruch mit der Verfassung dar.

"Wesentliche Forderungen" für eine sinnvolle Diplomprüfungsordnung sind nach Auffassung der Fachbereichsräte neben der Drittelparität im Prüfungsausschuß das Mitwirkungsrecht von Studenten in den Kommissionen, das Recht auf uneingeschränkte Öffentlichkeit, sofortiger Einsicht in Prüfungsakten sowie prüfungsabschichtende Leistungsnachweise. Prüfungsleistungen sollten zudem als Gruppenleistungen erbracht werden können ohne Benotung, was auch für das Gesamtergebnis der Prüfung gelten sollte.

Gedenkstein für Ossietzky

Der von der Universität eingesetzte "Initiativsausschuß Carl-von-Ossietzky-Gedenkstein" hat in einem ersten Zwischenbericht vor dem Senat den Vorschlag gemacht, am 4. Mai 1978, dem 40. Todestag des Friedensnobelpreisträgers, einen Carl-von-Ossietzky-Tag in der Universität zu veranstalten. Im Mittelpunkt soll die Enthüllung eines an das Wirken Ossietzkys erinnernden Gedenksteins stehen. Damit soll der Wille der Hochschule bekräftigt werden, nach dem Friedensnobelpreisträger benannt zu werden. Zur Erstellung dieser Arbeit sollen verschiedene Künstler angesprochen werden. Die Auswahl unter den eingegangenen Entwürfen wird eine Jury treffen, der neben Künstlern der Universität je ein Vertreter des Bürgerkomitees, des DGB und der Deutschen Sektion der Liga für Menschenrechte angehören sollen. Die Finanzierung des Gedenksteins soll durch eine Sammlung unter den Hochschulangehörigen gesichert werden.

Sportturniere

Am Samstag, den 11. Juni 1977, 13 Uhr, veranstaltet der Zentralbereich Hochschulsport der Universität Oldenburg für Mannschaften der Universität und Interessengemeinschaften (Kneipen-, Betriebs-, Freizeitkickergemeinschaften) bzw. Gruppen, die sich lediglich zum Zweck der Teilnahme am Turnier bilden, ein Fußball- und ein Tischtennisturnier. Die Turniere sollen vorrangig breitensportlichen Charakter haben. Das Fußballturnier wird auf Kleinfeldern (7er-Mannschaften) durchgeführt. Anmeldeschluß: 9. Juni, 18 h, beim Zentralbereich Hochschulsport. Für das Tischtennisturnier können sich Mannschaften, die lediglich aus zwei Spielern bestehen, noch unmittelbar vor Beginn der Spiele melden.

Struktur des Hochschulsports

Der Hochschulsport an der Universität Oldenburg ist zwar längst schon ein fester Bestandteil des Universitätslebens geworden, dennoch sind Aufgaben und die organisatorische Struktur des Hochschulsports noch keine beschlossene Sache. Die Senatskommission für den Hochschulsport hat jetzt Beschlüßvorlagen erarbeitet, an deren endgültiger Fassung sich noch interessierte Mitglieder der Universität beteiligen können.

Der Gründungsausschuß der Universität Oldenburg hatte schon den Hochschulsport im Rahmen eines zu gründenden "Zentrums für Freizeitsport" (Drs. 7/74) zentral verankern wollen, denn Hochschulsport ist von seiner allgemeinsten Aufgabenbestimmung her, nämlich Sport für alle Hochschulangehörigen zu sein, eine Aufgabe, die von einer zentralen Einrichtung der Universität wahrzunehmen ist.

Die Senatskommission für den Hochschulsport hat die Aufgaben des Hochschulsports inzwischen konkretisiert (vgl. Drs. 24/76 v. 27.10.1976). Es wurde festgehalten, daß der Hochschulsport neben seiner Funktion als soziale Dienstleistung für alle Hochschulangehörigen auch Aufgaben der Weiterbildung wahrzunehmen hat; Hochschulsport ist zudem ein Forschungsfeld.

Die Senatskommission für den Hochschulsport hat nach der Beschlußfassung über die Aufgaben des Hochschulsports die Diskussion über die organisatorische Struktur des Hochschulsports geführt; dabei mußte davon ausgegangen werden, daß diese solange isoliert für den Hochschulsport zu entscheiden ist, wie die personellen und sachlichen Voraussetzungen nicht

gegeben sind, eine zentrale Einrichtung im Sinne der Grundordnung (§ 70 (1)) einzurichten.

Bei ihrer Entscheidung für die Beschlüßvorlage (Drs. 1/77 v. 1.6.1977) zur organisatorischen Struktur des Hochschulsports war die Kommission zudem davon ausgegangen, daß sowohl die Interessen des Hochschulsports als auch die Interessen der Sportwissenschaft im Fachbereich I bei der Wahrnehmung der Aufgaben dieser zentralen Einrichtung zu berücksichtigen seien. Die Regelung der Kommission sieht nun vor, einen geschäftsführenden Vorstand einzurichten, an dem sowohl der Beauftragte für den Hochschulsport als auch ein Vertreter der Sportwissenschaft beteiligt sein sollen; als Kontrollorgan und Bindeglied zwischen Senat und dem Hochschulsport soll weiterhin eine Senatskommission für den Hochschulsport in der Zusammensetzung 2:2:2 tätig sein. Im einzelnen werden die Funktionen der Senatskommission und des geschäftsführenden Vorstands in einer "vorläufigen Satzung für den Zentralbereich Hochschulsport" (Drs. 2/77) geregelt. Ulrich Bernath

Ausschreibung

MODELVERSUCH FREIZEITSORT, zwei wissenschaftliche Hilfskraftstellen. Erste Stelle (92 Stunden). Voraussetzungen: Medienkenntnisse. Zweite Stelle (92 Stunden). Voraussetzungen: Elektronikkenntnisse. Bewerbungen bis 10. 6. 1977 an Margot Zimmer-Schürings (Postfach).

Besuch aus Polen

Am Dienstag, dem 14. Juni 1977, wird der polnische Historiker Professor Dr. Marian Biskup um 18.00 h in der Universität (VG 208) einen Vortrag zum Thema "Polen an der Ostsee im 16. Jahrhundert" halten. Biskup ist Mitglied der polnischen Akademie der Wissenschaften und Präsident des Historikerverbandes der Volksrepublik Polen.

Regionalplanung

Am 7. Juni 1977 veranstaltet um 15 h im AVZ (4-450) der Studiengang Stadt- und Regionalplanung ein öffentliches Kolloquium zur "Bedeutung des regionalen Raumordnungsprogramms für die Entwicklung der Gemeinden", an dem neben Wissenschaftlern der Universität auch Vertreter von Gemeinden aus den Landkreisen Oldenburg, Westerstede und Cloppenburg, sowie Vertreter des Verwaltungspräsidiums und der Landkreise teilnehmen werden.

Hochschulsport-Tagung

Zu einer Hochschulsport-Regionaltagung treffen sich Vertreter aller norddeutschen und Berliner Hochschulen am 3. und 4. Juni 1977 in der Universität Oldenburg.

Themen der Tagung, an der voraussichtlich über 50 Vertreter teilnehmen werden, sind u.a. Probleme des Hochschulsports wie Auswirkungen neuerer Gesetze, Personalfragen, Haushaltsfragen, Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung von Hilfskräften.

Ein weiterer Themenschwerpunkt ist die Existenzberechtigung von Bundeswehrehochschulen und ihre besonderen Auswirkungen auf den Hochschulsport.

Auch 35jährige können eingestellt werden

Wie sich jetzt herausgestellt hat, trifft die im uni-info 12/77 verbreitete Behauptung, Lehramtskandidaten im Sek-II-Bereich, die beim Abschluß ihres Examins älter als 35 sind, hätten keine Chance in den Schuldienst übernommen zu werden, nicht zu. Nach einer Mitteilung des Wissenschaftsministeriums besteht eine Höchstgrenze zur Zeit nicht. Weitere Informationen zu diesem Problem gibt am 6. Juni 1977 das Zentrum für pädagogische Berufspraxis, 9.15-10 Uhr, Sitzungszimmer.

Veranstaltungen und Termine

Montag, 6.6.77, 11.15-20.30 Uhr, AVZ 1/466. Anhörung "Ökonomie des privaten Haushalts". Dr. Gisela Bock (Berlin), Hannelore Brunsiek-Lahner (Hannover) - 13.45-14.15 Uhr Pause - Gerda Büker (Bonn), Dr. Barbare Fegebank (Bielefeld), Dr. Carol Hagemann-White (Berlin), Dr. Hans-J. Niessen (Elsdorf), Dr. Erika Pfannkuch (Lahn-Gießen).

Mittwoch, 8.6.77, 9-12 h, AVZ 2-406 Öffentliche Anhörung "Angewandte Psychologie". Groskurth (Hannover), Zimolong (Braunschweig), Thomas (Münster), Nachreiner (Dortmund), Haug (Berlin).

Freitag, 10.6.77, 9-16 h, D 103. Öffentliche Anhörung "Entwicklungspsychologie". Bierhoff Alfermann (Bonn), Steinbach (Hamburg) Wacker (Hannover), Wilkening (Königstein), Walcher (Oldenburg), Wender (Braunschweig).

Freitag, 10.6.77, 16 Uhr, AVZ 4-450. Vortrag von Professor Hein Retter zum Thema "Was kann die Grundschule vom Kindergarten lernen?".

Montag, 13.6.77, 9-17 h, D 103. Öffentliche Anhörung "Allgemeine Psychologie: Motivations- und Handlungstheorie". Bierhoff (Bonn), Gerhardt (Berlin), Jungermann (Frankfurt), Mees (Berlin), Offe (Münster) Schmalt (Bochum), Staeuble (Los Angeles).

Montag, 13.6.77, 17 Uhr, AVZ 2-463. Gastvortrag von Professor W. Vielstich (Universität Bonn, Institut für Physikalische Chemie) zum Thema "Physikalisch-chemische Beiträge zur Lösung des Energieproblems".

Dienstag, 14.6.77, 20 Uhr, VG 217. Gastvortrag von Ahmad Tahmasebi (Berlin) zum Thema "Der Preismechanismus des Erdöls".